

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Zusendung durch den Briefträger...
Preis monatlich 20,-, vierteljährlich 55,-, halbjährlich 105,-, jährlich 210,-.
Zahlung durch Postanweisung an No. 1144, K. O. Postamt Leipzig.

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
Rentamt zu Tharandt. Postfach-Ronto: Leipzig Nr. 28614

für die Amtshauptmannschaft Weizen, für das
sowie für das Forst-

Nr. 144

Sonnabend den 26. Juni 1920

79. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung über Erleichterungen bei der unmittelbaren Einzahlung der von Arbeitgebern für die Einkommensteuer vom Gehalt oder Lohn einbehaltenen Beträge.

Nach Punkt 2 des Merkblattes über die unmittelbare Einzahlung der vom Gehalt oder Lohn einbehaltenen Beträge vom 7. Juni 1920, das von den Finanzämtern (Bezirkssteuereinnahme) und den Stadt-(Orts-)Steuereinnahmen unentgeltlich abgegeben wird, haben die Behörden und sonstigen Arbeitgeber bei der Einzahlung der einbehaltenen Beträge der zuständigen Stadt-(Orts-)Steuereinnahme Einzelnachweisungen für jeden Arbeitnehmer und eine Gesamtnachweisung (in 2facher Ausfertigung) einzureichen.
Es wird den Behörden und sonstigen Arbeitgebern nachgelassen, von der Ausfüllung der Spalten 2 und 3 der Gesamtnachweisung (vergl. Muster 2 des Merkblattes) abzusehen, so daß die Gesamtnachweisung nur die laufenden Nummern der Einzelnachweisungen in Spalte 1 und die einbehaltenen Beträge in Spalte 4 zu enthalten braucht. Den Angaben über den Namen, Vornamen, Stand, Wohnort, Straße und Hausnummer des Arbeitnehmers in den Einzelnachweisungen ist besondere Sorgfalt zuzuwenden.

Punkt 1 Absatz 1 des Merkblattes wird auf Grund der vom Reichsminister der Finanzen am 16. Juni 1920 erlassenen ergänzenden Bestimmungen über die Zuständigkeit bei der unmittelbaren Ueberweisung wie folgt ergänzt:
Beschäftigt der Arbeitgeber oder die Behörde mehr als 100 Arbeitnehmer, die in verschiedenen Gemeinden wohnen, so ist der Arbeitgeber berechtigt, die gesamten einbehaltenen Beträge nur an eine und zwar an die für seine Betriebsstätte oder in Ermangelung einer solchen an die für ihn sonst zuständige Stadt- oder Ortssteuereinnahme abzuführen.
Die Arbeitnehmer sind nach Wohnorten zusammenzufassen und die Einzelnachweisungen nach den Wohnorten der Arbeitnehmer geordnet einzureichen. Die Gesamtnachweisungen sind nach den Wohnorten der Arbeitnehmer geordnet anzufertigen und soweit sie sich auf Arbeitnehmer beziehen, die ihren Wohnort außerhalb derjenigen Gemeinde haben, an deren Steuereinnahme der Arbeitgeber die einbehaltenen Beträge abliefern, in dreifacher Ausfertigung einzureichen. Die Einzel- wie die Gesamt-

nachweisungen sind bei der Ueberweisung der Beträge der nach Absatz 2 zuständigen Stadt-(Orts-)Steuereinnahme einzureichen.
Es ist also beispielsweise einer Aktiengesellschaft in Weizen mit über 100 Angestellten und Arbeitern, die in Weizen, Fischergasse, Niedermiesa und Hintermauer wohnen, nachgelassen, die gesamten einbehaltenen Beträge an die Stadtsteuereinnahme in Weizen unter Einreichung der Einzel- und der Gesamtnachweisungen zu überweisen. Die Einzelnachweisungen sind nach den Orten (Weizen, Fischergasse, Niedermiesa und Hintermauer) geordnet und die entsprechenden Gesamtnachweisungen, soweit sie sich auf die in Fischergasse, Niedermiesa und Hintermauer wohnenden Arbeitnehmer beziehen, in dreifacher Ausfertigung einzureichen.
Die Stadt-(Orts-)Steuereinnahme hat die Einzelnachweisungen mit der entsprechenden Gesamtnachweisung an die für die Arbeitnehmer zuständige Stadt-(Orts-)Steuereinnahme weiter zu leiten.
Weizen, am 24. Juni 1920.
Das Finanzamt (Bezirkssteuereinnahme).

Fleischversorgung.

Im Kommunalverband Weizen-Land einschl. der res. Städte Weizen, Vommahsch und Wilsdruff wird in der Woche vom 21. bis 27. Juni auf Bezugsscheine gegen Abgabe der Reichsfleischmarken U Freischfleisch verteilt.
Es erhalten:
a) Personen über 6 Jahre: 200 g Freischfleisch oder, soweit vorhanden, 160 g Hackfleisch oder 200 g Wurst.
b) Kinder unter 6 Jahren: 100 g Freischfleisch oder, soweit vorhanden, 80 g Hackfleisch oder 100 g Wurst.
Weizen, am 22. Juni 1920. Nr. 380 III.

Bei uns sind eingegangen
vom Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Sachsen das 5., 6. und 8. Stück vom Jahre 1920,
vom Reichsgesetzblatt Nr. 61 bis 111 vom Jahre 1920.
Diese Eingänge, deren Inhalt aus dem Anschlag in der Hausflur des Verwaltungsgebäudes ersichtlich ist, liegen 14 Tage lang in der hiesigen Ratskanzlei zu jedermanns Einsicht aus.
Wilsdruff, am 23. Juni 1920. Der Stadtrat.

Das Kabinett Fehrenbach - Heinze.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

Der Abgeordnete Erdberger hat sich angeschlossen, während der Sommertagung den Verhandlungen des Reichstages fernzubleiben.
Zum französischen Botschafter in Berlin wurde Charles Laurent und zum englischen Botschafter Lord Aberdeen ernannt.
Infolge der Unruhen in Ulan ist über die Stadt der Belagerungsstand verhängt worden.
Nach den neuesten Meldungen aus Moskau beabsichtigt Lenin die Bildung einer Koalitionsregierung.

Die letzte Felle.

Über die Schlußentwicklung der Regierungsbildung schreibt die Berliner O.A.-Mitarbeiter unterm 24. Juni:
Es scheint wirklich schmerzhaft zu sein, eine neue Regierung zu bilden, als einen neuen Reichstag zu wählen. Beim Reichstag hatte sich das ganze verdorrte und umhüllende Wahlfeld, trotzdem rund 95 Millionen Wähler daran beteiligt sind, im großen und ganzen doch glatt und pünktlich abgeerntet. Alle gesetzlich oder durch die Wahlbehörden vorgeordneten Herren sind regelrecht eingehalten worden. Und am 24. Juni, nachmittags 3 Uhr, ganz wie Herr Fehrenbach, als er noch Präsident der Nationalversammlung war, es vorgezeichnet, ist die neugeborene deutsche Volksvertretung zu ihrer ersten Sitzung im Reichstag am Königplatz eröffnet worden.
Anders das neue Reichskabinett. So oft man schon es ist und fertig in der Tasche zu haben glaubte, es stellen sich doch immer wieder Hindernisse ein, die neue Ausschüsse mit neuen Verhandlungen nötig machen. So ist es gekommen, daß der Reichstag bei seiner Konstituierung zu nächst sozusagen unter sich bleiben mußte. Aber immerhin, die Aussicht ist vorhanden, daß auch die Ministerbank bald wieder vollständig besetzt sein werden. Der Schreck, der am Mittwoch durch die Reichen der Verfassungsfeier ging, als bekannt wurde, daß Deutsche Volkspartei und Reichsbanner-Sozialdemokraten neue Schwierigkeiten machten, hat sich gelegt. Von den Sozialdemokraten verlautet, es solle gar nicht so böse gemeint gewesen sein.
Gensler, ein Vertrauensmann für ein Kabinett der Mitte von ihnen zu verlangen, das ginge zu weit. Aber was durch Unterlassungen aktion werden könnte, um Herrn Fehren-

bach und den Seinen ein ersprießliches Arbeiten zu erleichtern, das könne ja immerhin geschehen. Und es werde wohl auch geschehen, wenn nur nicht unvorhergesehene Zwischenfälle eintreten. Über kleine taktische Meinungsverschiedenheiten dieser Art solle man sich nicht groß aufregen. In den Mitteln könnte man ja auseinandergehen, wenn nur der Zweck, die Arbeitsfähigkeit des Kabinetts für die nächste Zeit wenigstens sicherzustellen, allen gemeinsam sei.
So liegt es heute ziemlich festlichlich von links her. Und auch die Demokraten, die gestern noch arg verschärft schienen über den Lort, der ihnen durch die Gefolgschaft der Herren Müller und Roede angetan wurde, haben mittlerweile ihre Fassung wiedergewonnen. Es kommt hinzu, daß auch die Deutsche Volkspartei ihren Einpruch gegen die Ministerliste des Herrn Fehrenbach zurückgezogen hat. Damit ist der Verdacht, daß es im letzten Augenblick auf einen härteren Einfluß rechtsstehender Elemente in dieser Regierung der Mitte abgesehen sei, beseitigt. An der Streitfrage aber, ob die zu vereinbarende Programmklärung der Regierung davon sprechen soll, daß der Wiederaufbau des Reiches „in Angriff zu nehmen“ sei oder „tatkräftig weitergeführt“ werden solle, wird man sich doch letzten Endes schließlich vertragen wollen. So kommt es, wie die Dinge heute liegen, wohl nur noch darauf an, die letzte Felle zu legen an das Einigungswort, das dem deutschen Volke geschuldet wird. Herr Fehrenbach hat sich in dieser Beziehung durch den nun ihm bereits zur Verfügung stehenden amtlichen Apparat ziemlich zuverlässig gehalten, und soweit man leben kann, wird ihm darin heute von keiner Seite widersprochen. In kürzester Frist wird die Bildung des neuen Kabinetts, zum mindesten in den entscheidenden Ministerien angeläufig, und wenn auch die Zahl der hervorragenden Männer unseres Wirtschaftslebens, die es ablehnen, sich Herrn Fehrenbach zur Verfügung zu stellen, leider von Tag zu Tag zunimmt, so ist die Hoffnung, geeignete Ersatzmänner für sie zu finden, doch nicht geschwunden. Herr Erdberger hat sich mit der Zentrum- fraktion des Reichstages inzwischen darin geeinigt, während der Sommertagung den parlamentarischen Verhandlungen „aus Gesundheitsrücksichten“ fern zu bleiben. Dadurch ist erreicht, daß die sehr unruhigsten Reibungen zwischen Zentrum und bayerischer Volkspartei auf ein verhältnismäßig unbedeutendes Maß zurückgeführt werden können.
Wer oder kann wissen, ob nicht bald von anderer Seite

wiederum dafür gejort werden wird, daß unser Volk in neue schwere Konflikte hineinstürzt? Um so dringlicher ist die Forderung, daß Regierung und Reichstag, wenn ihre Aktionsfähigkeit erst einmal gesichert ist, auch eintätig zusammenarbeiten. Eine feste und kluge Führung ist es, die wir brauchen. Auf Herrn Fehrenbach sind deshalb in diesen entscheidenden Tagen mehr als jemals die Blicke des deutschen Volkes gerichtet.

Die neue Ministerliste.

Berlin, 25. Juni. (tu.) Die Kabinettsliste dürfte, wenn nicht noch im Laufe des Tages Veränderungen eintreten, sich wie folgt zusammensetzen: Reichskanzler Fehrenbach, Justizminister Dr. Heinze, Auswärtiges Simons, Inneres Koch, Finanzen Wirth, Wirtschaftsmann Scholz, Arbeitsminister Braun (Str.), Wehrminister Gehler, Schatzminister von Kaamer, Verkehrsmann Brauer, Postminister Giesberts. Der Weidemannsaunist ist vorläufig unbestimmt; er soll von der bayerischen Volkspartei gestellt werden. Da sich aus deren Kreisen wahrscheinlich kein Kandidat finden dürfte, soll der Posten an die Deutsche Volkspartei abgegeben werden. Mit dem Reichsjustizministerium ist bekanntlich die Vizekanzlerschaft verbunden. Der Abg. von Kaamer hat sich schon bereit erklärt, das Reichsschatzministerium zu übernehmen. Mit Oberbürgermeister Scholz-Charlottenburg verhandelte gestern die Deutsche Volkspartei; in parlamentarischen Kreisen der Deutschen Volkspartei besteht die Hoffnung, daß Scholz annehmen wird.

Das Ergebnis von Boulogne.

Kriegsentschädigung und Heeresverminderung. Die Schleier, die das Ergebnis der Parlamentarierkonferenz in Boulogne verhängten, beginnen sich langsam zu heben. Aus Paris wird amtl. weiter über die Konferenz gemeldet: Das deutliche Ergebnis der Konferenz in Boulogne ist die vollkommene Übereinstimmung der Alliierten in der Frage der Herabminderung des deutschen Heeres auf 100 000 Mann. Die Stärke der Polizeitruppen darf nicht über die im Friedensvertrag vorgesehene Anzahl hinausgehen.
Die Konferenz billigte den Vorschlag der französischen und englischen Sachverständigen für die Ausarbeitung der finanziellen Klauseln des Vertrages. Die Alliierten werden

